



Liebe Leserinnen und Leser,

Griechenland hat die Verhandlungen mit den Institutionen und damit auch mit der Eurogruppe abgebrochen und völlig überraschend ein Referendum angekündigt. Damit hat die griechische Regierung Europa und vor allem die eigene Bevölkerung in eine schwierige Situation gebracht.

Stundenlang haben die Verantwortlichen in Brüssel darum gerungen, für Griechenland eine Lösung zu finden, die mit den Regeln Europas vereinbar ist. Die griechische Regierung hat aber offensichtlich immer darauf gesetzt, Geld zu erhalten, ohne Verpflichtungen erfüllen zu müssen. Dass dies nicht gehen wird, musste der Regierung schon im Hinblick auf die Grundsätze des IWF klar sein.

Es geht hier nicht um die Frage von Schuld. Es geht aber sehr wohl um die Frage der Verantwortung. Und da hat Griechenland die Verantwortung für die jetzt entstandene Lage zu tragen, weil die Regierung in Athen die Verhandlungen abgebrochen hat. Ein völlig unverständlicher Vorgang. Jetzt muss das Referendum abgewartet werden. Und dann kann die griechische Regierung Anträge nach den geltenden Regeln in der EU stellen. Dies wären dann die Regeln des ESM. Aber auch hier gilt das Prinzip von Leistung und Gegenleistung.

Die verhaltene Reaktion der Märkte zeigt, dass die Rettungsprogramme in Europa gewirkt haben. Europa kann diese Situation jetzt viel besser verkraften, weil wir viel erreicht haben. Noch vor den Rettungsprogrammen und den Stabilisierungsmaßnahmen hätte eine Entscheidung wie jetzt in Griechenland enorme Eruptionen auslösen können. Für Europa ist dies eine traurige Situation. Aber Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat Recht, wenn er darauf verweist, nicht das Einhalten von Regeln gefährdet Europa, sondern Europa kommt in höchste Schwierigkeiten, wenn Regeln nicht mehr gelten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

KURZ UND BÜNDIG

21. Juni

Gottesdienst und Bürgerfrühstück in der Sporthalle Sehlde

26. Juni

Fastenbrechen der Türkisch-Islamischen Gemeinde Salzgitter-Lebenstedt

27. Juni

CDU-Kreisverband
Wolfenbüttel
Sommerempfang
Kaiserpfalz Werda

DABEI SEIN – TERMINE

03. Juli 2015 16Uhr
Kreistagsfraktionssitzung
Wolfenbüttel

03. Juli 2015 18Uhr
Festgottesdienst anl.
Beendigung der Sanierung
der Sarkophage in der
Welfengruft

04.-11. Juli

Parlamentsreise
Chile/Kolumbien
Thema: Soziale Partnerschaft
u.a. Treffen mit der
chilenischen Staats-
präsidentin Bachelet und
zahlreichen Ministern

15.-31. Juli 2015

Sommertour durch den
Wahlkreis mit Uwe Lagosky

Sie sind herzlich eingeladen!



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin Sitzungswochen vom 29. Juni bis 3. Juli 2015

Reform des Wohngeldes. 870.000 Haushalte können voraussichtlich zum Januar 2016 von einem höheren Wohngeld profitieren – 363.000 davon erstmals oder wieder. Gerade Familien und Rentnern kommen diese von Bund und Ländern anteilig finanzierten Leistungsverbesserungen zugute. Für die AG Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war der heimische Bundestagsabgeordnete Uwe Lagosky an dem Prozess beteiligt.

Die letzte Reform des Wohngeldes erfolgte 2009. Am 2. Juli beschloss der Deutsche Bundestag deshalb in 2./3. Lesung das Gesetz zur Reform des Wohngeldrechts und des Wohnraumförderungsgesetzes (WoGrFG). Damit wird die aktuelle Höhe des Wohngeldes an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung angepasst, was das durchschnittliche Wohngeldleistungsniveau um durchschnittlich rund 39 Prozent erhöht. Denn seit 2012 stiegen die Mieten insgesamt um rund 3,5 Prozent, womit sie deutlich über der Inflationsrate lagen. Erhalten Zwei-Personen-Haushalte 2012 im Durchschnitt 112 Euro Wohngeld, sind es nun 186 Euro durchschnittlich. Außerdem soll das Wohngeld ab jetzt alle zwei Jahre überprüft werden.



Abgeordnete bei der Abstimmung

Der Bundesrat muss dem Gesetz noch zustimmen, bevor es am 1. Januar 2016 in Kraft treten kann. Für das erste Jahr ist mit Mehrkosten für den Bund von 302 Millionen Euro zu rechnen, bis 2019 reduziert sich der Betrag auf 259 Millionen Euro.

Vorangegangen war dieser Entscheidung des Deutschen Bundestages u.a. eine Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit am 10. Juni. Als stellvertretendes Ausschussmitglied nahm ich daran teil: Mit meiner Frage an die Vertreter des zuständigen Bundesministeriums wollte ich klären, was die Neuregelung des Freibetrags für Kinder mit eigenen Einnahmen bewirkt. Sie sorgt für Gerechtigkeit, weil Kinder im Wohngeldbezug mit Kindern im SGB-II-Bezug gleichgestellt werden. Bislang galten 50 Euro pro Monat bei Kindern im Wohngeldbezug und 100 Euro pro Monat bei Kindern im SGB-II-Bezug als Freibetrag. Künftig sind es bei beiden 100 Euro pro Monat. Erwartet wird, dass hierdurch ein Großteil von Alleinerziehendenhaushalten aus dem SGB-II- in den Wohngeldbezug wechselt.

Deutscher Bundestag debattiert über das Nationales Entsorgungsprogramm für Atommüll. Auf eine Anfrage der Linken-Fraktion, beriet der Deutsche Bundestag am 02. Juli 2015 über den Entwurf des Nationalen Entsorgungsprogramms durch das Bundesumweltministerium (BMU). Der Bundestagsabgeordnete Uwe Lagosky MdB, zeigt sich im Rahmen der Debatte erfreut über die Rede seines Kollegen Steffen Kanitz MdB, der das Thema Konrad in Verbindung mit dem Nationalen Entsorgungsprogramm aufgriff.

„Aus Sicht der CDU/CSU kann Konrad für die Entsorgung der verbleibenden Abfälle nicht die erste Wahl sein. Um es ganz deutlich zu sagen: Mit uns als CDU-CSU ist eine Erweiterung Konrads durch die Hintertür nicht zu machen! Ich setze mich dafür ein, dass wir uns in der Endlagerkommission mit



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



alternativen Entsorgungsmöglichkeiten für die Asseabfälle befassen,“ so Kanitz.

Uwe Lagosky bekräftigte, „ich bin nach wie vor der Auffassung, dass die Aussagen im Nationalen Entsorgungsprogramm, die eine Erweiterung des Endlagers Konrad für weitere Abfälle nicht ausschließen, zu streichen sind. Eine ergebnisoffene Prüfung, wo die zusätzlichen schwach- und mittelradioaktiven Abfälle eingelagert werden, möglichst unter Verwendung des Standortauswahlgesetzes und unter Beteiligung der Öffentlichkeit, muss noch erfolgen.“



Uwe Lagosky MdB mit Steffen Kanitz MdB im Plenum des Deutschen Bundestages

Das Nationale Entsorgungsprogramm wurde aufgrund einer EU-Richtlinie verfasst und enthält eine programmatische Gesamtschau der Entsorgungsplanung von deutschem Atommüll. In dem Bericht wurden erstmals leicht- und mittelradioaktive Atommüllmengen aus der ASSE II in die Planungen einbezogen, die fast zu einer Verdoppelung bei diesen Arten führen.

Auch die Endlager-Kommission beschäftigt sich aktuell mit den Plänen des BMU. Die Arbeitsgruppe 3 (Kriterien) wurde beauftragt, Vorschläge zum weiteren Umgang mit dem zusätzlichen leicht- und mittelradioaktiven Atommüll zu erarbeiten.

Anfang Juni 2015 hatten zahlreiche Initiativen, Umweltverbände, die IG Metall, die AG Schacht Konrad und

andere fast 70.000 Einsprüche im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens gegen eine Erweiterung des Atommüll-Endlagers Schacht-Konrad an das Bundesumweltministerium übergeben.

Tarifkonflikt bei der Post AG. Aus Tarifverhandlungen sollte sich die Politik heraushalten, sie sind Sache der Sozialpartner. Bei der Post verhält es sich nun anders, denn es gibt ernstzunehmende Anhaltspunkte, dass sie teilweise gesetzeswidrig handelt(e). Deshalb sprachen wir von der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der vorletzten Woche mit Verdi, um uns die Situation aus Sicht der tarifverhandelnden Gewerkschaft schildern zu lassen.

Anlass für die Härte in der Tarifverhandlung ist die Gründung der 49 DHL Delivery-Gesellschaften, mit denen der Konzern nach eigenen Angaben auf die niedrigen Preisniveaus seiner Mitbewerber reagierte und bis Ende dieses Jahres 4.500 neue unbefristete Arbeitsverhältnisse schaffen möchte. Mit ihnen fanden die tariflichen Bedingungen der Speditions- und Logistikbranche in diesen Gesellschaften Anwendung. Sie unterscheiden sich deutlich von dem Haustarifvertrag der Post. Das Tarifniveau bei Sped.Log beträgt ca. 3.000 Euro weniger im Jahr.

All das, obwohl die Mitarbeiter der Post AG in der Vergangenheit auf Leistungen verzichtet haben, um so eine Regelung zu bekommen, die den Ausschluss von Fremdvergaben auch innerhalb des Konzerns bis zum 31. Dezember 2015 beinhaltet. Hintergrund für derartige Tarifverträge ist die Sicherung der Arbeitsplätze und der Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus hatte die Deutsche Post AG eine gute Geschäfts- und Ergebnisentwicklung in den letzten Jahren.

Wenn während der Laufzeit eines solchen Tarifvertrages und nach Verzicht der Beschäftigten die Arbeitgeberseite dennoch



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



einen Weg gefunden hat, durch Umorganisation die Rahmenbedingungen der Arbeit deutlich zu verändern, ist verständlich das diese zu einer Auseinandersetzung führt wie wir sie aktuell erleben. Denn in jeder guten Beziehung kommt es auf das Vertrauen zwischen Partnern an. Wird es zerstört, kommt es zum Konflikt und der ist umso härter, je stärker der Vertrauensbruch war.

Es kommt jetzt auf die handelnden Personen an, sich mit dem gebotenen Respekt zu begegnen, Vertrauen zurückzugewinnen und ebenso verlässliche wie ausgewogene Verhandlungsergebnisse zu erreichen.

Entscheidung über Fracking verschoben. Ursprünglich sollte am 3. Juli 2015 über das Gesetzespaket zum Thema Fracking im Deutschen Bundestag abgestimmt werden. Aufgrund der Diskussion über einen letzten Parlamentsvorbehalt über die Fracking-Technologie, wird nun über das Gesetzespaket nach der parlamentarischen Sommerpause abgestimmt.

Im Bundestag gibt es Vorbehalte darüber, dass laut dem Gesetzespaket eine Expertenkommission aus nur sechs Mitgliedern mit einfacher Mehrheit über den weiteren Einsatz der Fracking-Technologie entscheiden darf.

Verordnung vereinfacht Mindestlohn-Regelungen. Der Einsatz von CDU und CSU für praxisnähere Mindestlohn-Regelungen zahlte sich aus. Als Unionsfraktion im Deutschen Bundestag setzten wir uns u.a. dafür ein, die Dokumentationspflicht beim Mindestlohn von 2.958 Euro monatlich auf 1.900 Euro pro Monat abzusenken.

In dieser Woche stellte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) seine Pläne für eine Verordnung vor. Künftig soll die Verdienstschwelle zur Dokumentationspflicht demnach bei 2.000 Euro monatlich liegen, wenn ein längeres Arbeitsverhältnis vorliegt (in Abgrenzung zur

Saisonarbeit). Kann der Arbeitnehmer einen Verdienst von mindestens 2.000 Euro pro Monat innerhalb der letzten tatsächlich abgerechneten zwölf Monate nachweisen, entfällt die Dokumentationspflicht. Die Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie der Finanzen wollen gemeinsam eine Klarstellung für den Zoll erarbeiten, die das Verständnis der Auftraggeberhaftung erleichtern soll.

Eine umfassende Informationsbroschüre des BMAS samt einer Bestandsaufnahme des Mindestlohns nach einem halben Jahr findet sich auf meiner Homepage.



Der Reichstag beim Sommerbeginn
in Berlin

Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung. Mit dem Gesetzentwurf, den der Bundestag in zweiter und dritter Lesung beriet, schaffte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die im Koalitionsvertrag vereinbarte Grundlage dafür, dass seit acht Jahren in Deutschland lebende Zuwanderer, die für ihren Lebensunterhalt weitgehend selbst aufkommen und eine anerkannte Integrationsleistung erbracht haben, ein Bleiberecht erhalten. Zudem werden die Möglichkeiten für legale Aufenthalte für gut integrierte ausländische Jugendliche weiter verbessert und ein Duldungstatbestand für Ausländer geschaffen, die eine Ausbildung absolvieren. Gleichzeitig soll das dreistufige Ausweisungsrecht durch eine Ausweisung



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



nach Abwägung von Bleibe- und Ausweisungsinteressen unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls ersetzt werden. Verschiedene Neuregelungen zur Erleichterung des Vollzugs aufenthaltsrechtlicher Entscheidungen ergänzen diese Neuordnung. Schließlich wird nach dem Abschluss einer Pilotphase für die Neuansiedlung von Schutzsuchenden (Resettlement) eine eigenständige Rechtsgrundlage hierfür geschaffen.

Integrationsbetriebe fördern – Neue Chancen für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt mit ihrem Antrag dafür ein, Integrationsbetriebe stärker zu fördern und die Chancen schwerbehinderter Menschen auf dem Arbeitsplatz zu verbessern. Unter anderem schlägt sie vor, die Anschubfinanzierung und Evaluierung neuer Plätze in Integrationsbetrieben aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe zu gewährleisten, die Zielgruppe der Integrationsbetriebe auf schwerbehinderte Menschen auszuweiten und die Wettbewerbsfähigkeit der Integrationsbetriebe durch besondere Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu stärken. Auch die Weiterbildung in Integrationsbetrieben soll verbessert und die besondere Gesundheitsförderung ausgebaut werden. In der Debatte wurde von Uwe Schummer auch der gemeinsame Besuch mit Uwe Lagosky bei VW-Salzgitter erwähnt.

Bundesregierung stellt Eckpunkte für Energiewende vor. Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD einigten sich am 1. Juli 2015 auf ein neues Vorgehen zur Umsetzung der Energiewende. Ziel der Vereinbarung ist es eine optimale Verzahnung der verschiedenen Bereiche herzustellen. Damit sollen verlässliche und kostengünstige Lösungen erreicht werden, die den zukünftigen Anforderungen der

Energiewende gerecht werden und den Anstieg der Strom- und Energiepreise dämpfen. Das Eckpunktepapier können Sie auf meiner Internetseite finden.

Besuchergruppen



Die BPA-Gruppe vor der Kuppel des Reichstags mit Uwe Lagosky, MdB

Bundespresseamtsfahrt in Berlin 24.-25. Juni 2015. Zum zweiten Mal in diesem Jahr konnte ich 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Sie alle waren meiner Einladung gefolgt und Teilnehmer einer zweitägigen Bildungsfahrt des Bundespresseamtes.



Auf dem Programm stand unter anderem, der Besuch einer Informationsveranstaltung im Deutschen Bundestag und einem Kuppelbesuch sowie der Besuch des Bundesministeriums für Finanzen. Die Gruppe besichtigte darüber hinaus die Gedenkstätte Berliner Mauer sowie das Alliierten-Museum und machte eine ausgiebige Spreefahrt durch das historische



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Berlin. Während des Besuchs führte ich zahlreiche Gespräche rund um aktuelle Themen direkt aus unserer Heimat und berichtete über das bundespolitische Geschehen. Die Fahrt schloss mit einem einstündigen Gespräch im Reichstag, bei dem ich die Fragen der Besuchergruppe beantwortete.



Falls auch Sie an einer politischen Bildungsfahrt interessiert sind, melden Sie sich gerne bei meinem Wahlkreisbüro in Wolfenbüttel.

Mittendrin im Wahlkreis 49

Eine neue Endlager-Behörde - Dialog in Peine. Auf Einladung von Ingrid Pahlmann MdB, trafen sich Steffen Kanitz MdB, Mitglied der Endlagerkommission und Uwe Lagosky MdB, gemeinsam mit dem Betriebsrat der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) am 23 Juni 2015 in Peine. Mit lokalen Vertretern der CDU wurde über die Behördenstruktur für die

Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe diskutiert.

Anlass für das Gespräch ist, dass eine neue und bessere Behördenstruktur für die Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe in Deutschland gefunden werden muss. Denn nach aktuellem europäischem Recht, darf das jetzige Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter sich nicht zugleich um die Regulierung sowie den Betrieb von Atommüll-Endlagern kümmern. Das Ziel ist es daher, die Betreiberaufgaben des BfS, der DBE und der Asse-GmbH in einer Bundesgesellschaft zusammenzuführen.



Auf dem Foto (u.a.) Andreas Meier, CDU Stadtverband Peine (2.v.l.), Ingrid Pahlmann, MdB (3.v.l.), Steffen Kanitz, MdB (4.v.l.) und Uwe Lagosky, MdB (5.v.l.)

Dazu wird eine Zusammenführung von Teilen des BfS, der Asse GmbH und DBE diskutiert. Diese Zusammenlegung von Betrieben und Behördenanteilen bringt natürlich eine Reihe Organisationsfragen mit sich, die in dem Gespräch mit dem Betriebsrat der DBE besprochen wurden. Dabei spielt für alle Beteiligten der Standorterhalt eine bedeutende Rolle. Das hat auch ein dem Gespräch in Peine vorangegangenes Gespräch zwischen Uwe Lagosky und dem Betriebsrat der Asse GmbH gezeigt.

Daten und Fakten

Folgen von Wohnungseinbrüchen. Nach einer Befragung von rund 1.400 Opfern vollendeter oder versuchter



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Wohnungseinbrüche in Berlin, Bremerhaven, Hannover, München und Stuttgart fühlen sich 46,5 Prozent der Betroffenen auch noch ein Jahr nach der Tat in ihrer gewohnten Umgebung unsicher. 42,2 Prozent berichten von Macht- und Hilflosigkeit oder Angst sowie Schlafstörungen als langfristige Konsequenz des Einbruchs. Verhaltensveränderungen nach der Tat sind insbesondere im Bereich des Sicherheits- und Präventionsverhaltens festzustellen. So haben zwei Drittel der Befragten nach dem Einbruch Sicherheitstechniken neu installiert, vor allem zur Sicherung von Türen und Fenstern. Im Mittel wurden dafür zusätzlich 500 Euro ausgegeben. Die Sicherung von Wohnungen verhindert nachweislich Einbrüche: Waren Wohnungen mit Sicherheitstechnik ausgestattet, so gelangten die Täter in nur 64,6 Prozent der Fälle auch tatsächlich in die Wohnung. Gab es keine Sicherheitstechnik, so konnten sie den Wohnungseinbruch dagegen in 81 Prozent der Fälle vollenden. (Quelle: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.)

Wussten Sie schon, dass...

...der Reichsadler im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Berlin mit 58 m² ungefähr ein Drittel größer ist als sein Bonner Zwilling?



Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Großbildprojektion am Deutschen Bundestag. Unter dem Titel „Dem deutschen Volke – eine parlamentarische Spurensuche. Vom Reichstag zum Bundestag.“ zeigt der Deutsche Bundestag

auch in diesem Jahr vom 29. Juni bis zu den Feierlichkeiten zum 3. Oktober 2015 allabendlich ab Beginn der Dunkelheit (circa 22:00 Uhr) die abwechslungsreiche Installation von Film-, Licht- und Toneffekten an der Fassade des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses.

Eine Vorführung dauert 30 Minuten und wird an jedem Abend zwei Mal hintereinander gezeigt. Der Zuschauerbereich befindet sich am südlichen Spreeufer. Der Besuch ist kostenfrei.



Falls Sie in den kommenden Wochen in Berlin sind, nutzen Sie einen warmen Sommerabend und schauen sich die Vorführung an. Es ist wie jedes Jahr eine sehr schöne Vorstellung, die einer emotionale Achterbahnfahrt entlang der deutschen Geschichte gleichkommt.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

